

Antrag 256/I/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kennzeichenerkennungskameras für die Nutzung von Bus- und Fahrradspuren**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
 2 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich in Berlin
 3 für eine stärkere Nutzung von Kennzeichenerkennungskameras zur Überwachung der unberechtigten Nutzung
 4 von Bus- und Fahrradspuren stark zu machen.
 5 In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, in-
 6 wieweit mobile Kameras an Bussen der BVG angebracht
 7 werden können.
 8

10 Begründung

11 Durch den Ausbau von Busspuren und Fahrradspuren kön-
 12 nen sich vielfach die Durchfahrtzeiten für Autofahrer erhöhen. Dies wird aber zu Gunsten der Beschleunigung
 13 bzw. Sicherung des ÖPNV und Fahrradverkehr ausdrücklich in Kauf genommen. Einzelne Autofahrer missbrau-
 14 chen die Spuren jedoch, um darin am Stau vorbeizufahren.
 15 Ein solches Verhalten, wenn es nicht sanktioniert wird,
 16 kann eine negative Vorbildwirkung für andere Autofahrer
 17 auslösen. Je mehr Autofahrer sich nicht an die Regeln halten, desto geringer ist der Nutzen der Spuren für die be-
 18 günstigsten Gruppen bis hin zur den kompletten Wegfall
 19 des Nutzens.
 20

21 Aktuell ist die Wahrscheinlichkeit, Wahrscheinlichkeit,
 22 dass Bedienstete der Ortungsdienste oder der Polizei
 23 Missbrauch ahnden, sehr gering. Dies führt an einzelnen Orten dazu, dass Busspuren fast standardmäßig von einzelnen „Schlaumeiern“ missbraucht werden, was zur Erosion der Regeltreue bei den im Rückstau wartenden „Dumm“ führt. Daher bedarf es einer Erhöhung des Verfolgungsdruckes, was nur durch die stärkere Nutzung von Kameratechnik realistisch erscheint. Mittlerweile ist die Kameratechnik so gut, dass eine Überwachung des öffentlichen Verkehrsraums und der höchsten Datenschutz Anforderungen möglich ist, d.h. dass Kameras zum Beispiel nur bei PKWs auf Busspuren auslösen und so die Anzahl der zu Unrecht fotografierten Fahrzeuge (zum Beispiel Taxis, Dienstwagen von Polizei etc.) auf ein Minimum reduzieren.

40 Das Anbringen und Kameras an Fahrzeugen der BVG ist
 41 an das Vorgehen der Stadt Wiesbaden angelegt. Es sollte
 42 ausdrücklich eine Ergänzung zu dem aktuellen Vorgehen
 43 der BVG darstellen, Person, die Busspur zuparken bzw. blo-
 44 ckieren, abzuschleppen.
 45

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, eine landesgesetzliche Regelung zur Ermöglichung digitaler Parkraumüberwachung (vgl. Landesmobilitätsgesetz Baden-Württemberg) zu prüfen und eine Bundesratsinitiative zur Anpassung bundesrechtlicher Vorgaben einzubringen, so dass eine digitale Ahndung von Parkverstößen, inkl. der unberechtigten Nutzung von Bus- und Fahrradspuren, auch bundesweit ermöglicht wird.